

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Sternus Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Poststedtontor:
Dresden 1880.
Girokasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 125.

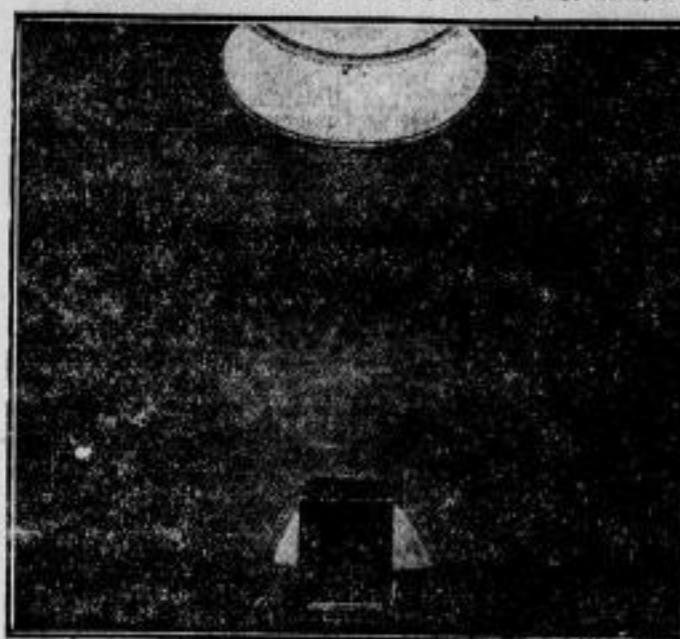
Dienstag, 2. Juni 1931, abends.

84. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Unterkriens von Produktionsverzerrungen, Verzerrungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vermittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Nellamezzzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%. Aufschlag, feste Taxe. Bewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Rechtläufige Unterhaltungsbeiträge: Werbeträger an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückerstattung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftssitz: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Berliner Reichsdenkmal.

Der „Unbekannte Soldat“ in Schinkels Neuer Wache.



Unsere Aufnahme zeigt den neu geschaffenen Innenraum.

W. Berlin. Heute Dienstag mittag fand in Berlin die Einweihung des Gedächtniskräfte für die Gefallenen des Weltkrieges durch einen feierlichen Akt in Gegenwart des Reichspräsidenten statt.

Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun und der Reichswehrminister Groener hielten die Weisungen. Während der Heilige erwiderte vom Dom und von der St. Hedwigskathedrale Glockenglätt. Vor dem Gebäude lagen eine Ehrenkompanie mit den Fahnen des alten Reges, das Wachregiment Berlin sowie Abordnungen der Marine und der Schutzpolizei aufgestellt genommen, der sich die Deputationen der Veteranen- und Kriegerverbände anschlossen.

Diese Gedächtniskräfte ist durch den Umbau der bisher für militärische Zwecke benutzten sogenannten Neuen Wache unter den Linden nach dem Entwurf des Architekten Professor Dr. Tessenow entstanden. Sie bildet neben dem Reichstag und gegenüber der Staatsoper eine weithin sichtbare Kranke für die Gedanken an die Opfer des Krieges. Der Raum hinter der Krankegetragenen Vorhalle zeigt mit seinen einfachen Formen auf quadratischem Grundriss, seinen glatten, aus Quadern von fränkischen Mischalka aufgebauten Wänden, seiner gleichfalls glatten Decke und seinem Steinbelagdenden Fußboden einen Raum, in dessen Mitte ein Gedenkstein aus schwarzem schwäbischen Granit 1,87 Meter hoch emporragt. Der Gedenkstein wird gekrönt durch einen von Professor Gies entworfenen Vorderkranz, der aus Silber hergestellt, teilweise mit Gold belegt und mit Platin plattierte ist. Die Decke überhalb des Gedenksteins ist durch eine kreisförmige Öffnung unterbrochen, durch die das Tageslicht hereinströmmt und die von unten den Blick zum Himmel erhält. Durch die Öffnung ist eine gedämpfte Beleuchtung des Raumes erreicht. Im Hintergrund zu beiden Seiten sind aus Denkmalsbronze lebhafte Säulen errichtet, die in ihrem Innern Kerzen tragen, deren dauernd flackerndes Licht am Abend eine schwache Stimmungsvolle Beleuchtung gibt. Die Kerzen werden durch eine besondere technische Ausführung so nach dem Fortgang des Verbrennens gehoben und haben eine Länge, dass sie dauernd 10 Tage und 10 Nächte hindurch brennen können, ohne ausgewechselt werden zu müssen. Vor dem Gedenkstein ist in den Fußboden ein niedriger Sockel eingelassen, der mit eingelagert Bronze die Jahren 1914—1918 trägt. Der Blick in den Innenraum fällt von der Vorhalle durch drei hohe Öffnungen, die von schwereisenernen Gittern abgeschlossen sind. Es ist daran gedacht, diese Gittere dauernd geschlossen zu halten, so dass nur von der Vorhalle aus für das Publikum ein Blick in den Raum gestattet ist.

Bericht über die Weihfestmäßigkeit befindet sich an anderer Stelle.

Beendigung der Aussprache des Kabinetts über die Notverordnung.

W. Berlin. Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung, die von Mittag bis über Mitternacht dauerte, die Aussprache über die geplanten Finanzierung-Maßnahmen abgeschlossen. Die Abstimmung der Notverordnung wird heute erfolgen. Ihre endgültige Verabschiedung durch das Kabinett ist für Mittwoch vor-

Die Revision von Versailles

Dresdner Reichstagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände

(Dresden. Am Montag nachmittag begann auf dem Weissen Hirsch bei Dresden die Reichstagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände. Die Tagung soll unter dem Motto:

Die Revision des Versailler Vertrages?

die politischen und rechtlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten der Überwindung des Diktates in Vertrag und Aussprache behandeln.

Der Präsident des Arbeitsausschusses, Gouverneur Dr. Dr. Heinrich Schnee, hielt die Eröffnungsrede. Das große Glück unseres Vaterlandes könne ohne eine Revision der unangenehmen Bestimmungen des Versailler Diktates nicht mehr erzielen werden. Das die Revision die Existenzfrage des gesamten deutschen Volkes sei, werde in allen Schichten heute klar erkannt. Hierzu legt auch der außerordentlich starke Besuch der Reichstagung Zeugnis ab. Es sei jetzt die Zeit gekommen, den gemeinsamen Willen zu einem aktiven Handeln nach außen zu führen.

Ministerpräsident Schlesie übertrug die besten Wünsche der sächsischen Regierung. Der Arbeitsausschuss Deutscher Verbände habe in vorbildlicher Weise den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage angenommen. Wohl auf keinem anderen Gebiete habe das gesamte deutsche Volk so einmütig zusammen wie hier. Die Erkenntnis werde immer mehr allgemein, dass der auf der Kriegsschuldfrage beruhende Versailler Vertrag zerstört werden müsse. Diese Notwendigkeit werde am eindrücklichsten als untragbar empfunden, d. h. in den Gebieten, wo der Vertrag blutende Wunden in die Grenzen geschlagen habe und wo infolge der industriellen Entwicklung ein besonders empfindliches Wirtschaftsgebiet bestehen wie in Sachsen. Die sächsische Regierung habe immer wieder die Forderung auf eine Revision des Versailler Vertrages erhoben. Das deutsche Volk könne weitere Opfer nur dann aushalten, wenn es in greifbarer Nähe von den untragbaren Lasten des Versailler Vertrages befreit werde. Die sächsische Regierung hoffe, dass die Dresdner Tagung ein bedeutender Markstein auf dem Wege zum Erfolg sein werde.

Oberbürgermeister Dr. Küls, der die Versammelten im Namen der Stadt Dresden herzlich willkommen hieß, führte aus, dass die Wiedergewinnung deutscher Freiheit und die Wiedereinordnung Deutschlands als gleichberechtigten Faktor in das Gemeinschaftsleben der Staaten und Völker das letzte Ziel allen politischen Denkens und Handelns sein müsse. Der Arbeitsausschuss Deutscher Verbände habe es sich zur Aufgabe gemacht, das deutsche Volk und die Welt über das innere Unrecht und über die politischen und wirtschaftlichen Unmöglichkeit des Diktates von Versailles aufzuklären, um dem Gedanken eines wahren Friedens den Weg zu bahnen. Dem Arbeitsausschuss gebührt für seine zielbewusste, umfassende und erfolgreiche Tätigkeit der aufrichtige Dank. Die besten Wünsche begleiten ihn für eine weitere erfolgreiche Arbeit, bis das letzte große Ziel erreicht sei.

Unter lebhaftem Beifall der Versammelten wurde so dann beschlossen, an Reichspräsident u. Hindenburg ein Grußtelegramm abzusenden.

Im Anschluss daran nahm das geschäftsführende Vorstandsmitglied Dr. Hans Draeger das Wort zu seinem Referat:

Revision oder Heiligkeit der Verträge?

Die deutsche Forderung auf Revision des Versailler Diktates gründete sich auf den Rechtsanspruch aus dem Vorstandsvortrag vom 5. November 1918, auf die in der Völkerbundssatzung gegebenen Revisionsschancen und auf Ansprüche aus wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten. Solange die Tributzahlungen fortbeständen, würden die Gleichgewichtsstörungen aus der europäischen und aus der Weltwirtschaft nicht verschwinden. Ein Leben der Völker im Frieden sei nur möglich, wenn die Völker überhaupt

leben könnten. Das sei für Deutschland ohne die Revision von Versailles nicht möglich. Die deutschen Revolutionsfordernungen seien keine deutsche „Revanche“. Es seien die aus Siegerwillkür gegen die Vernunft geschaffenen Verträge, die sich jetzt rächtten. Frankreich habe den deutschen Forderung nach Revision das Wort vor der Heiligkeit der Verträge entgegengestellt. Der deutsche Friedensvertrag, dem das Verlangen nach Gleichberechtigung und Revision zugrunde liege und der französische, der die Erhaltung des Status quo und der Sicherheit zum Inhalt habe, ständen sich mit anstrengend unverträglicher Schärfe gegenüber. So habe auch Locarno, an das man eben von ganz verschiedenen Standpunkten aus herangegangen sei, nur eine noch größere Einigung zurücklassen müssen. Die französische Politik wolle die Hegemonie Frankreichs in Europa sicherten. Deshalb wolle man auch dem Artikel 19 der Völkerbundssatzung seine Bedeutung nehmen. Deutschland würde für seinen Kampf auf zwei Kräfte: den Völkerbund und die öffentliche Meinung der Welt. Der bestehende Völkerbund sei seiner Aufgabe nicht gerecht geworden, da die französische Politik ihm als ihr Instrument betrachte. Ein Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund müsse sorgfältig auf seine politische Bedeutung untersucht werden, jedoch müsse man dem Völkerbund entgegentreten, bei einem entsprechenden Vorgehen Deutschland als Vertrüter und Verächter des Rechts zu bemühen. Eine etwaige deutsche Aktion müsse das Ziel haben, an die Stelle des Völkerbundes der Macht des Völkerbundes des Rechts zu setzen. Die öffentliche Meinung der Welt verhalte sich zum Revolutionsbedarf sehr verschieden. Nachgebend würde die Stellung Amerikas sein. Während Wirtschaftskreise der Revision des Nonnaplans gänzlich gegenüberstanden, hielten sich die amtlichen Stellen und der Mann vor der Strafe noch sehr zurück. Nicht zu bezweifeln sei, dass die hemmenden Kräfte denfördernden zur Welt noch weit überlegen seien. Für die an leidende Auflösungsarbeit bleibten daher noch große Aufgaben. Die europäische Frage behandelt werde. Dazu eben werde man zum Ziel des Friedens des Rechts kommen. Letztend für uns müsse dabei jedoch allein das deutsche Ziel, die deutsche Linie, sein. Als zweiter Achse sprach der Generalsekretär des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstags, Dr. Eugen Fischer, über den Stand der wissenschaftlichen

Erörterung der Kriegsursachen.

Dr. Fischer führte dabei u. a. aus: Der Verlust, die Frage der Schuld am Kriege wissenschaftlich zu formulieren und nach wissenschaftlichen Methoden allgemeingültig zu lösen, sei bis jetzt nicht gegliedert. Die starke Fehlstellung sei die, dass von allen Großmächten Rußland zuerst mobil gemacht und dadurch Deutschland und Österreich-Ungarn den Krieg „aufgedrängt“ habe. Kriegstechnisch habe die zufällige Mobilisierung über alles entschieden. Serbien sei freilich eines der entscheidenden Gewichte am Gleichgewicht Europas gewesen. Unzweckend sei die Annahme, dass die deutsche Regierung durch den Briefwechsel der beiden Generalstabes im Jahre 1910 einer Aenderung des Dreihundertvertrags nach der offensiven Seite hin zugeschworen habe. Von den gegnerischen Mächten sei Russland schwer belastet durch die Mobilisierung, sodann durch die zweifelsfrei erwiesene Richtung seiner Politik auf die gewaltlose Gewinnung der Vereinigten und Konstantinopels. Zu diesem Kriegsziel habe die militärische Vorbereitung Russlands gehörte. Diese Macht habe, zumal seit 1912, eine Verstärkung ihrer Armee und Beschleunigung ihrer Mobilisierung in die Wege geleitet, die für Deutschland eine immer unerträglicher werdende Drohung in sich schloss. Russland sei darin von Frankreich unterstützt, ja sogar gedrängt worden. Auch bei England trete die antideutsche Linie mit jedem Vierland deutlicher hervor. Was endlich die belgische Frage betreffe, so habe der Einmarsch in Belgien Deutschland in der Welt unendlich gefährdet und schade ihm noch heute. Andererseits finde sich wenigstens in der wissenschaftlichen Welt Verständnis für Deutschlands militärische Notlage.

Im Anschluss an die Vorträge fand eine lebhafte Aussprache statt.

Die ersten Ergebnisse der rumänischen Wahlen.

Bukarest. (Funkspur.) Die ersten Ergebnisse aus der Hauptstadt und der Provinz bestätigen, dass die Regierung bei den Wahlen eine überwältigende Mehrheit erlangt hat. In 25 von 36 Bukarester Wahlbezirken hat die Regierung zusammen 14000 Stimmen erhalten, während die nationale Bauernpartei 1300 und alle übrigen Parteien zusammen 8000 Stimmen erhalten haben. Nach den vorläufigen Ergebnissen aus 40 von insgesamt 71 Departements sind 600 000 Stimmen auf die Regierungskräfte und 120 000 Stimmen auf die nationale Bauernpartei entfallen. Die Übergaben der Richtung Georg Bratianu haben es auf 60 000 Stimmen gebracht. Eine starke Bahnlinie haben die radikalen Parteien rechts und links zu verzweigen, so dass sie wahrscheinlich eine Vertretung im Parlament erlangen werden. Auch die Partei Norescu hat gegenüber den letzten Wahlen beträchtlich zugenommen.

Ein 18-jähriger Mörder des 62-jährigen Stahlbellers.

* Berlin. Im Verlaufe der Ermittlungen wegen des Feuerübersetzes auf eine Stahlbetongruppe in der Nähe des Görlitzer Bahnhofs am Freitagabend, bei dem der 62-jährige Maurer August Hahn aus Friedrichsfelde getötet wurde, wurde am Montagnachmittag der 18-jährige Lehrling Willy Urrich aus der Nigner Straße 89 festgenommen. Urrich, der der kommunistischen Partei angehört, ist gekündigt, die Schüsse auf Hahn abgegeben zu haben. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen wurden im Laufe des Montags zahlreiche Haushaltungen bei Kommunisten vorgenommen, wobei in einem Falle eine Angabe von Pistolen mit zugehöriger Munition gefunden wurde.

Arbeit Nordwest zieht die Jahresbilanz von Deynhausen.

Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller veröffentlichte heute seinen Bericht über das 26. Geschäftsjahr, der im allgemeinen Teil etwa folgende Gedankengänge wiedergibt:

Schwund des Inlandmarktes. Ausfall der landwirtschaftlichen Kanalstrasse, Berliner Straße am Weltmarkt, sinkende Erzeugungs-, Absatz- und Betriebsziffern, Arbeitsentlassungen und betriebskritische Kennzeichnungen heben wie vor einem Jahre die wirtschaftliche Lage. Die Aufgabe von Deynhausen, die von der westdeutschen Eisenindustrie vor genau einem Jahre mit Zustimmung und ausdrücklicher Verantwortung der deutschen Regierung praktisch in Angriff genommen wurde, ist weitgehend nicht erfüllt, das begonnene Werk nicht folgerichtig durchgeführt worden. Was wurde aus der Kombination von Kostenabbau und Preisabbau im Interesse der Wirtschaftsbelebung, was aus dem Programm der öffentlichen Ausgaben- und Aufgabenschrankung, aus den Steuerentlastungen, aus den Opfern auf der ganzen Linie? zunächst ein ganz einseitiger und als Wahlfeldzug benutzer Preisabbau, bei dem überdies mit andererlei Maß gemessen wurde. Im ganzen Bereich der öffentlichen Hand erfolgten nicht nur nicht Preisschlüsse, sondern teilweise noch weitere Vereuerungen. Die öffentliche Hand betrieb Preisfestsetzung statt Ankündigungspolitik. Dieses System wurde gekrönt von einer zentralen Politik, die zwar Preisentnahmen der Privatwirtschaft erzwang, hingegen nicht erkannte, dass ein heruntergebrachter Preisstand nicht den geringsten Wert hat, wenn ein wirtschaftliches Arbeiten dadurch infolge überspannter Selbstkosten nicht möglich ist. Anstatt die zukünftige Dauerkaufkraft des Gesamtwolkes und der Gesamtarbeiterchaft zu sichern, wurde alles abgestellt auf die unbedingte Erhaltung der gegenwärtigen Kaufkraft des Einzelnen. Damit aber war dem ganzen Unternehmen von Deynhausen der dynamische und organische Sinn genommen.

Das vorläufige „Opfer auf der ganzen Linie“ gebracht werden sollten, war nur zu bald vergeben. Die von den privaten und öffentlichen Binnennmarktmarktfaktoren nach Deynhausen durchgeföhrten Lohnsenkungen waren nicht dazu angepasst, die gerade von dieser Seite her zu fordrende Unterstützung der Wirtschaft herbeizuführen. Sie waren vor allem nicht dazu angepasst, die Opfer der in den Exportindustrien arbeitenden Arbeitnehmer einzumachen auszugleichen. Diese Entwicklung ist von dem mehr oder weniger ausgeprägten Marktmonopolismus der Binnennmarktgewerbe ausgegangen, d. h. solcher Gewerbe, die weder zu exportieren, noch im Binnennmarkt mit ausländischem Wettbewerb zu rechnen haben, und die daher in der Lage sind, lange Zeit alle übersteuerten Selbstkosten, also vor allem hohe Löhne, auf den Verbraucher ungestraft abzumältern. Ihren eigentlichen monopolistischen Charakter gegenüber dem deutschen Verbraucher und der deutschen Volkswirtschaft erschienen diese Gewerbe allerdings erst dadurch, dass durch Allgemeinverbindlichkeit und Unabhängigkeit der Tarifverträge auch die Konkurrenz der einzelnen Betriebe und der Leistungsbereitschaft von Unternehmern und Arbeitern ausgeschaltet wurde.

Es ist nicht sozial, eine Lohnpolitik zu treiben, die die Wirtschaft langsam absterben lässt und damit die Existenzgrundlage des Volkes vernichtet. Es ist grotesk, den westdeutschen Maurern und Zimmermern einen Tarifkundenlohn von Mf. 1.80 auszubüllen, den Arbeitern der eisenverarbeitenden und eisenverarbeitenden Industrie im gleichen Gebiet aber nur einen Tarifkundenlohn von Mf. 0.75–0.84. Der Stand der Tariflöhne sollte nur nach dem besten können der Exportindustrien ausgerichtet werden. Bei binnengewerblichen Tariflöhnen ist ein viel höheres Maß des Abstands gerechtfertigt als bei den Tarifien der Exportindustrien, weil gerade die hochgeschraubten Industriegewerbe nur einen ganz geringen oder gar keinen Lohnsatzraum haben. Die tarifliche Gebundenheit hoher und höchster Löhne rückt sich gegen das wahre Interesse der Arbeiterschaft sowohl als Hindernis voller Konjunktur-Löhne, wie als Ursache der Unwirtschaftlichkeit der Betriebe und der Arbeitslosigkeit in Artgenossen. Da die erste Senkung der Tariflöhne unzureichend war, kommt es für die Wirtschaft auf eine zweite allgemeine und schleunige Senkung der Tariflöhne an. Nur ist es aber ausdrücklich, diese Maßgabe im Wege von Vereinbarungen zu lösen; andererseits bedarf die Wirtschaft endlich einer Zeit der beruhigten Arbeit. Daher würde es für den Augenblick die glücklichste Lösung sein, sämtlichen Tarifverträgen von geschweigten Lohnsatzraum zu geben, der gestaltet, dass die einzelnen Betriebe durch Vereinbarung mit ihren Belegschaften die Tariflöhne um einen gewissen Prozentsatz unterschreiten dürfen.

Das Vornimmen der letzten 5 Jahre hat die Wirtschaft nicht stetig gemacht, sondern auf Stand gefestigt. Für die Richtigkeit der Aufsicht des Massenkonsenses von der Geldseite her steht von der Erfüllungsfähigkeit sprechen die bisherigen Erfahrungen wahrlich nicht. In der Verschärfung der Urstoffindustrien öffnet sich der wahre Quell der Massenauflösung. Das ganze wirtschaftliche Leben eines großen Bezirks ist in Frage gestellt, wenn, wie z. B. in der Zeit des großen Eisenkampfes 1928, die Arbeit einer für die Struktur dieses Bezirks entscheidenden Urstoffindustrie stockt.

Die kapitalistische Wirtschafts- und Sozialpolitik hat die deutsche Wirtschaft in eine solche Abhängigkeit vom ausländischen Kapital gebracht, dass man von einer „ausländischen Belastung“ Deutschlands spricht. Diese kapitalistische Wirtschafts- und Sozialpolitik ist auch nicht dadurch zu entlasten, dass man darzulegen versucht, dass A und C liegen heute bei den Reparationen. Der Befreiung von Reparationsfesseln — die durch die Erhöhung des Goldwertes noch drückender geworden sind — muss vorausgehen der beste Wille, zunächst die Schritte der fiktiven Verschuldung zu lockern. Dieses Ziel, besonders eine langfristige Konstitution, ist nur erreichbar durch Wiedergewinnung geordneter Wirtschaftsgrundlagen und damit des internationalen Vertrauens.

Der Bericht sieht sich weiterhin mit den verschiedenen Vorwürfen gegen die Maßnahmen der Schwerindustrie auseinander und bemerkt dazu folgendes: Sträubt sich die Schwerindustrie gegen steigende Löhne und Kosten, so soll sie rationalisiert; rationalisiert sie, so schafft sie Überkapazität; will sie wirkliche Überfahrlöne Kapazität durch Stilllegungen beseitigen, so droht sie böswillig auf Löhne und Arbeitsmarkt oder macht Überproduktion; will sie solche Stilllegungen durch besondere Lohnabkommen vermeiden, Abkommen, die wie im Fall Kuban-Meiderich den betroffenen Arbeitern volle und sichere Verbiente sichern, so macht sie Anschluss auf den Tarifrahmen; rationalisiert sie mit eigenen Geldern, so ist ihr Fehler, dass sie diese Gelder hat; Selbstfinanzierung; rationalisiert sie mit fremden Geldern, so ist ihr Fehler, dass sie neben dem Fremdkapital auch noch das eigene Kapital verzinsen und amortisieren will; Sicher-Kapitalisierung. Hier ist also alle Viehsmüh vergebens. Die Eisen- und Stahlindustrie muss sich damit abfinden, dass sie für diese Kreise nur die „Schwerindustrie“ ist, dass das Tempo und die Größe ihrer Arbeit dort nicht begriffen wird.

Das deutsche Volk ist im Grunde in allen seinen Schichten zu größten Opfern bereit. Nur muss das Ziel erkennen und der Erfolg gesichert sein. Auch in der praktischen

Tagung der Deutschen Zeitungsverleger.

Die Zeitungsverleger als Gäste der österreichischen Bundesregierung.

* Wien. Am Montagabend gab die österreichische Bundesregierung den Teilnehmern an der 37. Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger ein Festbankett, an dem die Gäste der österreichischen Regierung sowie Vertreter der deutschen Reichsregierung und der vorangegangene Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft, Zeitung und Buchdruckwesen teilnahmen.

Namens der österreichischen Bundesregierung begrüßte Bundeskanzler Dr. Unter die Gäste. Er erklärte, dass er in der Wiener Tagung eine Bekundung der geistigen Verbundenheit des deutschen und des österreichischen Bruderverleger den lebhaftesten Anteil nehme. Er schilderte die Entwicklung der Zeitung als eines der wichtigsten Mittel öffentlicher Meinungsbildung und äußerer willensmässiges Instrument der Politik. Auf der engen Verbundenheit von Presse und Publikum beruhte der Wert und die Bedeutung der Zeitung. Wie ein Missbrauch der Zeitung zwangsläufig zur Verfehlung der öffentlichen Meinung führe und zum Verhängnis für Staat und Volk werde, so erinnerte er an eine von den Grundsätzen der Wahrheit und Gerechtigkeit geleitete Presse. Stimmmungen und Strömungen im Volksleben von ihrem ersten Auftreten an so zu beobachten, dass man explosive Wirkungen verhindern könne. Besonders hob Dr. Unter das hohe Niveau hervor, das die deutsche Presse in geistiger und technischer Beziehung erreicht habe und das vor allem das Ergebnis der unermüdlichen Arbeit der deutschen Zeitungsverleger sei. Die Wiener Versammlungen der deutschen Zeitungsverleger seien von dem Bestreben getragen, gemeinsam gegen die wirtschaftliche Not anzukämpfen, die auch auf dem Zeitungsgewerbe laste. Der Bundeskanzler schloss mit einem dreifachen Hoch auf den Reichspräsidenten Hindenburg, in das die Versammelten kehrend einstimmten.

Der deutsche Gesandte Dr. Nieth überreichte namens der Reichsregierung dem Präsidenten des Verbandes der Herausgeber österreichischer Tageszeitungen, Alles, sowie dem Generaldirektor dieses Verbandes, Regierungsrat Professor Oberländer, und dem Referenten im Bundespreisamt, Vogel, das Ehrenzeichen zweiter Klasse des Roten Kreuzes.

In der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger wurden die Vorstände wiederum gewählt. Neu in den Vorstand eingezogen wurden Dr. Vogel, Münchner Neueste Nachrichten, Kurt Broesch-Hamburger Fremdenblatt, Dr. Busch-Hagener Zeitung, Dr. Hirsch-Daniger Neueste Nachrichten, Neuenhain-Darmstädter Zeitung, Weißer-Öcher der Gegenwart, Sachen.

Die ordentliche Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe wählte in den Vorstand neu hinzu: Heidler-Crossen, Dr. Volz-Königsberg, Lambert Venzius-Dortmund, Beupold-München und Dr. Oertel-Berlin.

Der Leipziger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei

Wirtschaftsdebatte. — Schwache Opposition.

Leipzig. Am Montag vormittag begannen die sozialen Arbeiten des Sozialdemokratischen Parteitages in Leipzig, dessen erster Tag den Wirtschaftstag gewidmet ist; die großen politischen Erörterungen begannen erst heute Dienstag.

Der Reichstagsabgeordnete Lazarus leitete die wirtschaftspolitischen Erörterungen mit einem Vortrag über „Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeitersklave“ ein. Er fasste seine Ausführungen in einer längeren Entwickelung zusammen, in der es u. a. heißt: „Den überwiegenden Bevölkerung an Lebensmitteln, Rohstoffen und verarbeitenden Produkten bewandelt die kapitalistische Ökonomie in gravierende Hungersnot und unerbittliche Vermehrung der Armut. Aus diesen wahnwitzigen Widerprüchen der geltenden Wirtschaftswirtschaft kann die Menschheit nur durch die Überwindung des kapitalistischen Systems und die Verwirklichung des Sozialismus befreit werden. Dabei ist sich der Parteitag bewusst, dass der Sturz des Kapitalismus nicht ein einmaliger kurzer Akt sein kann. Er vollzieht sich als ein unendliches Prozess. Der Kampf für den Sozialismus kann nicht geführt werden, ohne gleichzeitig den Kampf für die Verbesserung der Arbeiterschaft in der Gegenwart zu führen. Die durchdringenden sozialen Auswirkungen der Krise legen der Partei insbesondere die Pflicht auf, sich mit aller Kraft für die Überwindung dieser Krise einzusetzen.“

Dann zählt die Entschließung eine Reihe von Einzelforderungen auf, darunter eine Politik für die Sicherung des Friedens, Streichung der internationale Selegesschulden und Reparationen, Abbau der Hollmanns, internationale Regelung des Kapitaltransfers und Maßnahmen gegen die Kapital- und Steuerflucht. Für die innere Wirtschaftspolitik werden verlangt: soziale Kontrolle des Monopolkapitalismus, Herabsetzung der Sozial-ökonomischen Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik, planmäßige Auftragsregelung, Verstärkung des öffentlichen Einstusses auf die Banken, Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und Arbeit der Privatisierungsbemühungen, Heranziehung von Auslandscredite zur Förderung des Wirtschafts- und gemeinschaftlichen Arbeitsbeschaffungsdienste. Ferner wird die Übersiedlungswelle verlangt. Die Sozialpolitik und die sozialen Einrichtungen müssen geschützt und weiterentwickelt werden. Das letztere stand fasten Beschluss. Die durchdringenden sozialen Auswirkungen der Krise legen der Partei insbesondere die Pflicht auf, sich mit aller Kraft für die Überwindung dieser Krise einzusetzen.“

Ein umfangreiche Entschließung, die die Wettstellung der oppositionellen Diskussionsredner wiedergab, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Entschließung Tarnow gegen wenige Stimmen unter großem Beifall angenommen. Genehmigt wurde auch die Entschließung über die Frauenarbeit. Der Anteil Männer über das Wahlungsproblem wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die heutigen entscheidenden politischen Beratungen auf dem Parteitag der Sozialdemokraten wurden eingeleitet durch die Berichte des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Dr. Breitbach und des Abg. Collmann.

Dr. Breitbach sprach zunächst über die Geldpolitik des Kapitalismus. Er wandte sich gegen die Ausschöpfung, dass sozialen Missstand und Verzinsung ein Unterschied nicht besteht. Durch solche Ausschöpfungen werde der Kampf gegen die sozialen Gefahren verschärft. Der Sozialismus ist eine Bewegung zu einer Staatsform, die im Gegensatz zur Demokratie die obere Gewalt im Staat und das Recht zur politischen Willensbildung nicht der Gesellschaft gleichberechtigter Staatsbürger, sondern einem einzelnen, aber einer bewusstgesetzten Widerstand zuweist. Auch in einer Diktatur des Proletariats ist die Demokratie ausgeschaltet. Dem sozialistischen Standpunkt aus gesehen, gäbe es daher zwischen Moskau und Wien keinen Unterschied.

wollte zu erkennen gibt, dass der Rot-Grüne-Römerbund tatsächlich lebt. Die Polizei bat in Erfahrung gebracht, dass die Kommunistische Partei für die Zukunft bestrebt ist, militärische Organisationszwecke zu intensivieren, um hierdurch ein noch außer bis jetzt bestehendes Kommando zu haben. Eine derartige Kampfweise ist bei den bestehenden Wirtschaftsverbänden unverantwortlich und unmöglich, da man mit Gewalt Mittel und Wege herbeizuführen will, die bisher gewünschte Ruhe und Ordnung zu untergraben. In der Reichshauptstadt haben sie bereits seit langem eine Reihe Beobachtungsplätzen abgesetzt. In den Bezirken machen sie an wenigen auffälligen Stellen als Postnotizen vermerkt, und doch konnte man überwältigende Leistung erzielen, und das ist weniger die Tat dummer Menschen als der von Drabtschew und Schärmer.

Ergebnis der Gemeindewahl in Spanien.

* Madrid. Nach Bekanntgabe des Ministeriums am Montag gab der Innenminister die Ergebnisse der am Sonntag abgehaltenen Gemeindewahl bekannt.

Demnach verteilten sich die 8665 Kreiswahl gewählten Gemeinderäte, deren Mehrheit bei den ursprünglichen Wahlen am 12. April massenhaft war, nunmehr auf fol-

Münch vom Tagen in Bild und Wort.



Die Ehrenallee
bei der großen Staatsfeier im Stadion: (vordere Reihe) Kronprinzessin Cecile mit ihren beiden Töchtern, den Prinzessinnen Alexandra und Cecilie — (hinten von links) der deutsche Kronprinz mit Generalselsmarschall von Mackensen — General v. Götter — General v. Wacker.



Vom 12. Reichsfrontsoldatentag in Breslau.

Die große Parade.
Die Bundesführer Seelde und Dästerberg schreiten die Front der 140 000 Stahlhelmer ab.



Englisches Kriegsschiff bringt Curtius nach England.
Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister werden vor Ankunft in Southampton von dem englischen Geheimer „Winchester“ eingeholt werden.



Hindenburg-Tag in Hoppegarten.
Auch in diesem Jahre ließ der Reichspräsident es sich nicht nehmen, dem nach ihm benannten Rennen auf der Berlin-Hoppegartener Rennbahn beiwohnen. Nach dem Rennen überreichte Hindenburg dem Sieger den Ehrenpreis und empfing alle Jockeys, die am Rennen teilgenommen hatten.



Gilly — Frankreichs Tennismeisterin.
Bei den jetzt in Paris ausgetragenen Tennismeisterschaften von Frankreich gelang es unserer Deutschen Tennismeisterin Gilly Aufheim, sich den Titel zu holen.
Bild daneben:

Ein neuer Gehet-Weltrekord
wurde bei einem internationalen Sportfest in Riga von dem Berliner Schwab aufgestellt. Er bewältigte die 5 Kilometer lange Strecke in 21 : 57,8 Minuten.

Wird Hertha wieder Deutscher Fußballmeister?
Das Vorschluskrundenspiel zur Deutschen Fußballmeisterschaft zwischen Hamburger Sport-Verein und Hertha BSC-Berlin in Leipzig iah die Berliner Mannschaft mit 3:2 Toren als Sieger. — Unsere Aufnahme gibt einen schönen Kampfmoment vor dem Hamburger Tor wieder.
Bild darüber.

Die Tagung des Deutschen Olympia-Ausschusses,
der sich mit den Vorbereitungsbüroarbeiten für die Olympiade 1932 und für die Weltolympiade 1936 in Berlin beschäftigt: (rechts) Regierungsrat Dr. Becker — Exzellenz Lewald, der Präsident des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen — Dr. Dietrich, der Generalsekretär des Reichsausschusses — Dr. Jenisch — (links) Kunze — Kampmann — Dr. v. Hall — Pauli Lang — Präsident Pauli.



Die Deutsche Damen-Handballmeisterschaft,
am letzten Mai-Sonntag in Magdeburg ausgetragen, endete mit dem Siege von Sportklub Charlottenburg (schwarze Hölle) über Victoria-Hamburg.



Europameisterin Helene Mayer.
Bei den Europameisterschaften im Hocken wurde Helene Mayer-Frankfurt a. M. die Olympiasiegerin von 1928, Europameisterin. Sie hat damit zum zweiten Male diesen Titel an sich gerissen.



